

Wahlkampf ohne Aktienquote

Wie für jedermann erkennbar ist, kommt der Wahlkampf in Deutschland auf volle Touren. Die kluge Entscheidung des chancenlosen vormaligen SPD Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der auch im eher unwichtigen Wirtschaftsministerium weitgehend glücklos agierte, bietet der SPD eine temporäre rot-rot-grüne Macht-Hoffnung.

Nebst der Bundestagswahl im September kommt der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, und damit im bevölkerungsreichsten Bundesland der Republik, eine wichtige Bedeutung zu, zumal die dortige rot-grüne Landesregierung durch die Sicherheitslage an Rhein und Ruhr in Bedrängnis geraten ist.

Wie nicht anders zu erwarten war spielt die Migrationskrise, die von der Bundesregierung mit Unterstützung aller im Bundestag vertretenen Parteien zu verantworten ist, eine zentrale Rolle im Bundestagswahlkampf. Unübersehbar sind ja die derzeitigen Versuche der Regierungsparteien CDU und SPD, das angerichtete Schlamassel in der Flüchtlingspolitik mindestens teilweise zu korrigieren.

Nebst dem ubiquitären Flüchtlingsthema dominieren außenpolitische Fragen derzeit die Wahlkampfretorik. Allen im Bundestag vertretenen Parteien ist gemeinsam, dass sie mit Donald

Trump ein nützliches Feindbild gefunden haben, um das Wahlvolk von wichtigen innenpolitischen Diskussionen abzulenken. Auffällig ruhig geht es bei wirtschaftspolitischen Themen zu,



obwohl am deutschen Horizont einige dunkle Wolken aufzuziehen scheinen. Die Selbstzufriedenheit der Regierenden in Berlin ist derzeit so groß, dass Korrekturhinweise für die Wirtschaftspolitik als kleingeistige Mäkelei abgetan werden. Im Übrigen hat es lange Tradition, dass etwa die Ratschlä-

ge der „Wirtschaftsweisen“ freundlich entgegengenommen und anschließend unbeachtet im Papierkorb entsorgt werden. Aus diesem Grund bin ich bereits seit vielen Jahren der Meinung, dieses Gremium schleunigst abzuschaffen und so die Staatskasse zu schonen.

Das eminent wichtige Thema „Wohlstandsentwicklung der Bevölkerung“ spielt im Wahlkampf gar keine Rolle. Auf weiter Flur ist keine Partei und kein Politiker zu erkennen, der etwa die stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Produktivkapital (sprich Aktienanlagen bzw. Sachanlagen) auf seine Fahnen geschrieben hat. Die durch Nichtbeteiligung verpassten Chancen der letzten Jahrzehnte haben mittlerweile einen materiellen Umfang etlicher hundert Milliarden Euro erklommen.

Angesichts der seit Jahren üppig sprudelnden Steuerquellen und des Wegfalls von Zinszahlungen in Höhe von ca. 250 Mrd. Euro seit der Finanzkrise aalen sich die

Regierenden im Selbstdünkel erfolgreicher Makro-Wirtschaftslenker. Kein Wort ist zu hören von der unterdurchschnittlichen Geldvermögensentwicklung in Deutschland. Dass 2/3 der DAX-Aktien mittlerweile von ausländischen Anlegern gehalten werden und die hiesige Bevölkerung am Produktivkapital der Wirtschaft kaum beteiligt ist, ficht in Berlin niemanden an. Schon gar nicht will man wahrhaben, dass es die fortwährende und seit Jahrzehnten praktizierte steuerliche Begünstigung von Zinsanlagen ist, die zu der Aktien-Apathie der Deutschen maßgeblich beigetragen hat.

Geschulte Zeitbeobachter wissen, dass eine substantielle Än-

derung auf diesem Gebiet nur durch krisenhafte Entwicklungen vorstellbar ist. Die große Finanzkrise 2007ff. hat nicht ausgereicht, um einen Ausweg aus der ständigen Schuldenmacherei zu suchen. Vielmehr sind die Schulden heute in allen westlichen Ländern wesentlich höher als 2007. Auch wir Deutschen sollten uns daran erinnern, dass wir die Maastricht-Kriterien bis heute noch nicht einhalten.

Noch ein Letztes: Die Kosten für die Finanz- und Eurokrise und das seither starke Staatshaushaltswachstum sind primär vom Steuerzahler und sekundär vom Zinsparer (Bausparer, klassische Kapitallebensversicherung, Termingelder, Sparbuch, etc.) zu tragen.

Während die Zinssparer ihr Los durch Umschichtung selber abwenden können ist der Steuerzahler einem notwendigen Zwangssystem ausgesetzt. Weil dies so ist hätte er es verdient, dass sich die Politik um sein Interesse an einer geringeren Abgabenlast kümmern würde. Nach Lage der Dinge ist dies jedoch kein großes Wahlkampfthema.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns